

UNION im ERZGEBIRGE

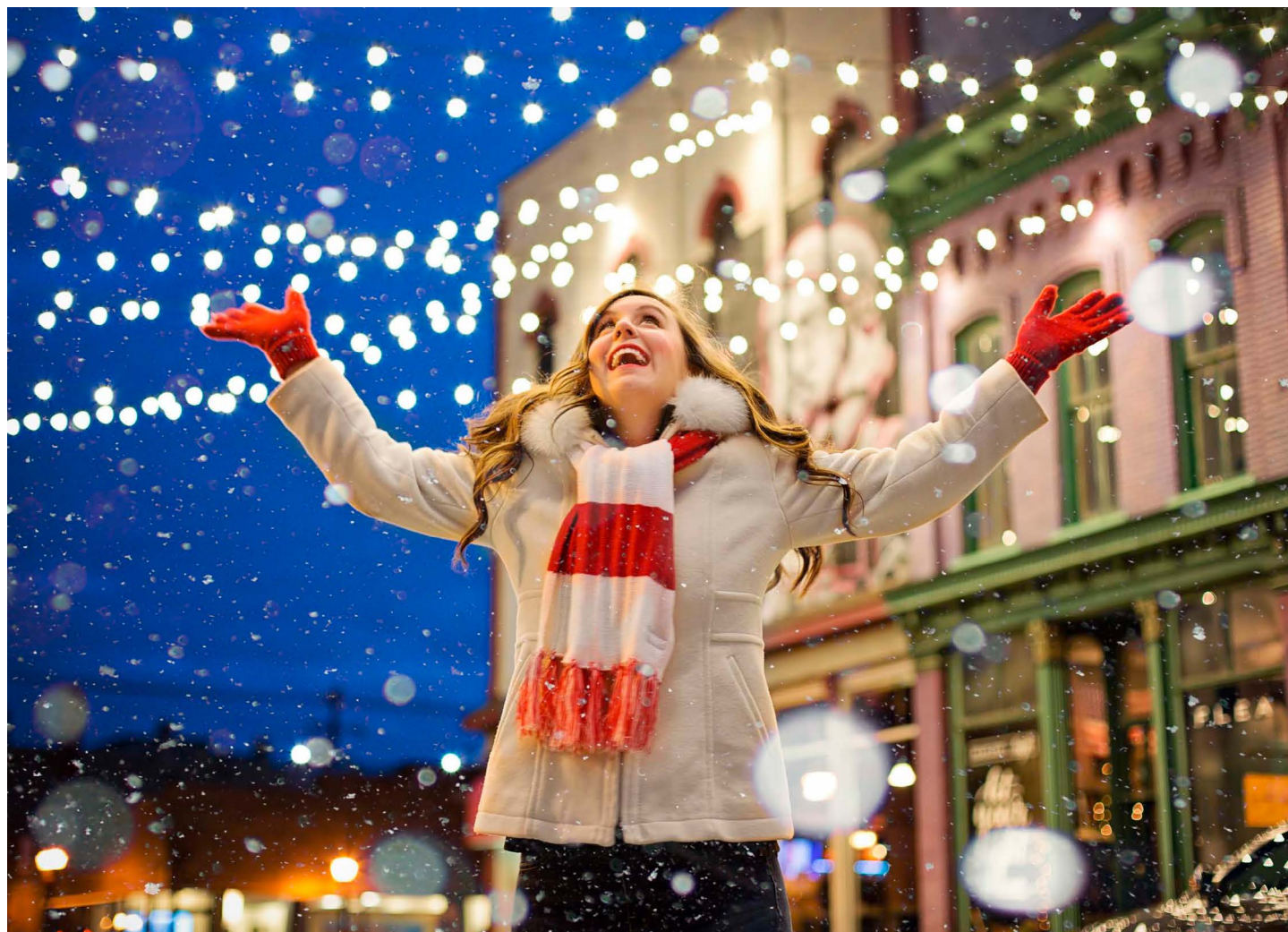
Dezember 2019



Mitgliedermagazin des CDU-Kreisverbandes Erzgebirge



CDU



U.a. in dieser Ausgabe:

Vorstandswahlen der CDU Marienberg	4
Schüler besuchen KZ Auschwitz und Birkenau	4
Neues gemeinsames Polizei-Fahndungskompetenzzentrum in Stollberg	5
Harter Wahlkampf und Start in die 7. Legislaturperiode im Sächsischen Landtag	6
Ronny Wähner zum 2. Mal im Sächsischen Landtag	7
Ein neues Europäisches Parlament und eine neue Europäische Kommission	8
Ein dickes Brett - Die Reform der Notfallversorgung	10
Baurecht und Bodenpolitik werden runderneuert	12
Vorstandswahlen der Jungen Union Erzgebirge	13
Sachsenkoalition - Koalitionsverhandlungen erfolgreich abgeschlossen	14

**Nu sei mer wieder mol suweit,
es Gahr gieht still ze End,
es kimmt de liebe Weihnachtszeit,
mir stinne im Advent ...**



Liebe Mitglieder und Freunde des CDU Kreisverbandes Erzgebirge,

wir befinden uns mitten in der Adventszeit. Das Weihnachtsfest steht kurz bevor. Für viele Menschen hat die Adventszeit etwas Besonderes, gerade auch bei uns hier im Erzgebirge, im „Weihnachtsland“: Weihnachtsmarkt, der Duft von Bratwurst und Glühwein, Pfefferkuchen, Schwibbogen, Rächermannl und vieles mehr. Und bei uns im Erzgebirge ist es die Zeit der Bergparaden, Mettenschichten und Hutznohnde. Wir pflegen damit unsere Jahrhunderte alten Bergbautraditionen. „In der Gemeinschaft ist auch der Schwache stark“ – dieses Credo galt über Jahrhunderte bei den Bergleuten. Deshalb schlossen sie sich zu Bergbrüderschaften zusammen. Gemeinschaft, Füreinander und Miteinander, war damals ein hohes Gut. Gemeinschaft ist auch heute, mehr denn je ein hohes Gut. Ein Gut, das auch wir immer wieder in den Mittelpunkt unseres Denkens und Handelns rücken sollten.

Ein ereignis- und arbeitsreiches Jahr neigt sich langsam seinem Ende entgegen. Es war ein Jahr geprägt von vielen Entscheidungen und kommunal- und landespolitischen Veränderungen. Der UNESCO-Welterbe-Titel war eines dieser herausragenden Ereignisse. Damit fand ein über 20jähriges Ringen um diesen Titel einen krönenden Abschluss. Der UNESCO-Welterbe-Titel ist aber zugleich Verpflichtung für uns und die uns folgenden Generationen. Es gilt, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die vorhandenen Sachzeugnisse und die gelebten bergmännischen Traditionen zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Die Kommunalwahlen im Mai, vor allem aber die Landtagswahl im September brachten teils erhebliche Veränderungen in der Zusammensetzung der Gemeinde- und Stadträte, des Kreis- und des Landtages. Nach wochenlangen, sehr intensiv geführten Verhandlungen liegt nun ein Koalitionsvertrag vor, der Wege und Möglichkeiten eröffnet, den Freistaat Sachsen und seine kommunalen Gebietskörperschaften auch künftig gut entwickeln und die künftigen Herausforderungen erfolgreich bewältigen zu können. Das Eingehen einer lebendigen, gut funktionierenden Koalition ist immer mit der Suche nach Gemeinsamkeiten und dem Finden von Kompromissen bei Trennendem verbunden. Es war gut, dass die Gemeinden, Städte und Landkreise über ihre Spitzenverbände, dem Sächsischen Städte- und Gemeindetag und dem Sächsische Landkreistag, bei den Koalitionsverhandlungen selbst dabei waren. So konnten aus kommunaler Sicht immer wieder Impulse gegeben werden, deren Umsetzung bzw. Beachtung die kommunale Ebene stärken wird. Dazu zählen u.a.: die Verbesserung der finanziellen Grundausstattung der Kommunen, eine angestrebte Anhebung und Dynamisierung des Kita-Landeszuschusses und die konsequente Verfolgung des angekündigten Weges der Entbürokratisierung und Verschlinkung. Ich persönlich schaue auf den Koalitionsvertrag mit gemischten Gefühlen. Auf der Habenseite steht das Bekenntnis zu starken Kommunen mit verbesserten finanziellen und gestalterischen Spielräumen. Nachdenklich stimmt mich, dass bei den prioritären Maßnahmen der ländliche Raum keine Erwähnung findet. Ein Ministerium für den ländlichen Raum macht aber nur dann Sinn, wenn auch ein entsprechender finanzieller Handlungsspielraum abgesteckt wird. Bei alledem halte ich es für unabdingbar, dass bei den Anliegen des ländlichen Raumes, sei es in der wirtschaftlichen Entwicklung, der Land- und Forstwirtschaft, sei es im Umweltschutz oder der Energiewirtschaft die Politik mit den Bürgern in den ländlichen Regionen und nicht über sie hinweg gemacht wird. Die beiden kommunalen Spitzenverbände stehen der neuen Regierungsmehrheit als konstruktiver Ansprechpartner in diesem Prozess der Gestaltung zur Verfügung.

Die Adventszeit ist auch die Zeit der Kerzen. Kerzen verbreiten Licht. Kerzen verbreiten Wärme. Und sie verbreiten das Gefühl des sich Wohlfühlens. Keine andere Zeit des Jahres weckt so viele Kindheitserinnerungen. Advent ist die Zeit der Besinnung. Sich besinnen, heißt sich Zeit nehmen, zur Ruhe kommen. Sich besinnen mit allen Sinnen geschieht durch Sehen, Riechen, Schmecken und sich besinnen in Gedanken geschieht durch Hören, durch Zuhören. Nehmen wir die Wärme der Kerzen in uns auf. Nehmen wir uns die Zeit füreinander. Gehen wir aufeinander zu, auf unseren Nachbarn, unseren Mitmenschen. Begegnen wir uns, geben wir diese Wärme weiter und hören wir zu! Hören wir auf die Kraft des Wortes und die Botschaft der Lieder. Hören wir aber auch auf die leisen Töne um uns herum.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes Weihnachtsfest und im Neuen Jahr alles Gute, Erfolg, Gesundheit und Gottes Segen. Möge das Jahr 2020 für uns alle ein friedvolles und gutes Jahr werden, ein Jahr der Achtung unseres Mitmenschen, der Besinnung auf Toleranz, Menschlichkeit und Nächstenliebe.

Für das neue Jahr wünsche ich mir, dass wir auf dem bisher beschrittenen erfolgreichen, guten Weg gemeinsam weiter vorankommen, dass wir in großer Geschlossenheit die vor uns liegenden Aufgaben bewältigen.

Ich wünsche mir von Ihnen, dass Sie dies mit ganzer Kraft unterstützen, sich nicht scheuen, Probleme anzusprechen, dabei auch mal „alte Zöpfe“ abschneiden und offen sind für neue Gedanken und Ideen.

Es grüßt Sie mit einem herzlichen GLÜCK AUF

Ihr



Frank Vogel
Kreisvorsitzender und
Landrat des Erzgebirgskreises

Senioren
Union **CDU**

Werden auch Sie Mitglied der Seniorenunion des Erzgebirgskreises

Werte Mitglieder des CDU Kreisverbandes des Erzgebirgskreises,

Die Seniorenunion ist ein Bestandteil unseres Kreisverbandes, welche Mitglieder über 60 Jahre besonders anspricht. Hier besteht die Möglichkeit, sich den aktuellen Fragen der politischen Entwicklung zu stellen.

Aus diesem Grunde werben wir unsere Mitglieder, sich dieser Vereinigung anzuschließen.

Ihr Interesse können Sie in der Geschäftsstelle in Annaberg Tel. 03733 20023 bzw. in Aue Tel. 03771 22891 bekunden.

Der Vorstand der Seniorenunion
des Erzgebirgskreises

Vorstandswahlen der CDU Marienberg

Tom Unger ist als Vorsitzender wiedergewählt

Autor:

CDU-Stadtverband Marienberg

Am 6. November 2019 trafen sich 14 Mitglieder des CDU-Stadtverbandes Marienberg, um im Rahmen einer Mitgliederversammlung in Marienberg turnusgemäß den neuen Stadtvorstand zu wählen. Der 33-jährige Tom Unger wurde als Vorsitzender des CDU-Stadtverbandes Marienberg einstimmig im Amt bestätigt. Den geschäftsführenden Vorstand komplettieren als stellvertretender Vorsitzender Andreas Haustein sowie Katja Reichel als Schatzmeisterin. Als Beisitzer wurden Michael Dresel, Albrecht Kohlsdorf, Jürgen Langner, Bernd Liebscher, Carl Scheffler, David Steinert und Matthias Ullmann gewählt.

Unger skizzierte zur inhaltlichen Profilierung der künftigen Arbeit eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit der CDU-Stadtratsfraktion, eine noch stärkere Einbindung junger Mitglieder sowie eine Neu-Mitgliederkampagne als Themenschwerpunkte der neuen Vorstandslegislaturperiode auf. ■



Foto: Thomas Kretschel

Schüler besuchen KZ Auschwitz und Birkenau

Autor:

Damaris Hühne, Niederdorf

Im Zeitraum vom 7.05.2019 bis 8.05.2019 besuchte die Klassenstufe 9 der Altstadt-Oberschule Stollberg im Rahmen einer Geschichtsexkursion die beiden Konzentrationslager Auschwitz und Birkenau in Polen.

Ziel war es, uns Schülern zu zeigen und zu erklären, welche Gräueltaten dort an den Menschen verübt worden sind. Gerade an diesen Orten zeigte sich, wie furchterregend und erschütternd die Zeit der deutschen Besatzung während des II. Weltkrieges war. Gerade das KZ Birkenau war maßgeblich an der Vernichtungsmaschinerie an den Juden beteiligt. Ca. 1,1 Millionen Häftlinge wurden in den beiden Konzentrationslagern ermordet.

Im ehemaligen KZ Auschwitz, das heute ein Museum beherbergt, konnte dies sehr anschaulich dargestellt werden. Bild- und

Tonaufzeichnungen sowie zahlreiche Originalexponate geben ein erschütterndes Bild aus dieser Zeit ab. Unter fachkundiger Führung wurde uns das alles ausführlich erklärt.

Am darauffolgenden Tag besuchten wir dann das Vernichtungslager Birkenau. Es ist ein riesiges Gelände, das ca. 3 km vom Stammlager Auschwitz entfernt liegt. Wenn man am damaligen Eingangsbäude steht, kann man kaum die Größe erfassen. Vielen der mitgereisten Schüler stand vor Entsetzen der Mund offen. Gerade hier konnte man auch anhand der Originalexponate nachempfinden, wie grauenhaft die Zustände in diesem Lager gewesen sein mussten.

Wir besuchten dort verschiedene Häftlingsbaracken, die sogenannte „Sauna“ wo die Häftlingskleidung gewaschen wur-

de, die Verladerampe sowie den Wachturm oberhalb des Eingangstores.

Nach unserem Besuch der Lager war es unter uns ziemlich still. Viele mussten das Gesehene und Geschehene erst mal „verarbeiten“. Manchen von uns erschien es sogar unwirklich, doch die Bilder und Exponate aus dieser Zeit sprechen für sich und für das Geschehene. Das Fazit unserer Reise ist eindeutig:

NIE WIEDER DARF SICH SO ETWAS WIEDERHOLEN!

Und ich finde es als Jugendliche gut, dass die Erinnerung an solch Schreckliches wach gehalten wird! ■

Neues gemeinsames Polizei-Fahndungskompetenzzentrum in Stollberg

Autor:

Marco Wanderwitz MdB

Zum 30. August nahm das gemeinsame Fahndungs- und Kompetenzzentrum von Polizei Sachsen und Bundespolizei den Betrieb auf. Nach Bautzen und Plauen ist es das dritte seiner Art im Freistaat. Dem vorausgegangen war eine Vereinbarung zwischen Bund und Freistaat entlang der Fahndungsachse Görlitz-Chemnitz-Plauen gemeinsame Fahndungs- und Kompetenzzentren (FKZ) zu etablieren.

Marco Wanderwitz gab als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesinnenminister gemeinsam mit Sachsens Innenminister Roland Wöllner MdL den symbolischen Startschuss für das FKZ in der Erzgebirgsstadt. Künftig wird vom neuen Stollberger Standort aus die gemeinsame Fahndungs- und Kontrolltä-

tigkeit der Polizei in der Mitte Sachsens koordiniert. Im Fahndungs- und Kompetenzzentrum „Mittelsachsen“ steuern sächsische und Bundespolizisten Hand in Hand die Einsätze. Gemeinsam sammeln und bewerten sie Informationen zur grenzüberschreitenden Kriminalität und initiieren abgestimmte Maßnahmen der Polizeien, welche durch Fahndungspersonal der Polizeidirektion Chemnitz und der Bundespolizeidirektion Pirna umgesetzt werden.

Schwerpunkte bilden dabei Kontrollen auf den Autobahnen 4 und 72, auf Bundesstraßen und in den Grenzregionen. Ein deutlich erhöhter Verfolgungsdruck entlang der Fahndungsachse vom Vogtland beginnend über die Chemnitzer Region

bis in die Lausitz wird die grenzbezogene Sicherheitsarchitektur im Freistaat Sachsen festigen und das Handeln der Straftäter erschweren. Ziel ist es, eine spürbare Erhöhung der Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger in den Grenzregionen aber auch darüber hinaus zu erzielen. Die enge Vernetzung der Polizeiarbeit ist für die Sicherheit in unserem Land essentiell.

In Sachsen setzen wir dabei mit einer Vielzahl von Kooperationsformen seit Jahren Maßstäbe. Wir werden die Schleierfahndung im Grenzraum und auf den grenzüberschreitenden Hauptverkehrswegen bundesweit stärken. Die gemeinsamen Fahndungs- und Kompetenzzentren zwischen Bundes- und Landespolizei in Sachsen sind hierfür ein wichtiger Baustein. ■



Symbolischer Startschuss für das neue FKZ.

Foto: Chris Bergau

Harter Wahlkampf und Start in die 7. Legislaturperiode im Sächsischen Landtag

Autor:
Eric Dietrich MdL

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen bedanken, die mich in den vergangenen Monaten im Wahlkampf unterstützt haben. Für mich persönlich und das Wahlergebnis im Wahlkreis 14 war es unheimlich wertvoll, in jedem Ort CDU-Freunde zu wissen, die mir mit Rat und Tat zur Seite standen.

Vor allem die Unterstützung von Thomas Colditz, dem bisherigen Amtsinhaber, war ein wichtiges Rückgrat im Wahlkampf. Thomas hat in den vergangenen 29 Jahren intensiv für unser Erzgebirge und die Menschen hier gearbeitet - entsprechend bekannt ist er bei den Bürgern im Wahlkreis, ein großer Vorteil, bei einer Erstkandidatur.

Nach dem harten Wahlkampf und einer teils verlustreichen Landtagswahl war es am 1. Oktober dann soweit. Die erste Landtagssitzung der neuen, 7. Legislaturperiode stand an.

Zusammen mit den Abgeordneten Rico Anton, Jörg Markert und Ronny Wähner aus dem Erzgebirge werden wir nun zukünftig für die Belange unserer Region in Dresden eintreten.



Foto: Thomas Colditz & Eric Dietrich

Auch wenn die Wahl im Wahlkreis 15, für unseren Freund Falk Haude, leider nicht erfolgreich ausgegangen ist und uns damit sein Knowhow sowohl in Dresden als auch im Wahlkreis fehlen wird, werden wir als gewählte Abgeordnete unser Möglichstes tun, um die nun entstandene Lücke zu schließen. Wie genau das gelingt, werden die nächsten Monate zeigen. Basis muss, aus meiner Überzeugung, eine enge Zusammenarbeit der Abgeordneten und der jeweiligen Ortsvorsitzenden sein.

Nun heißt es nach vorn blicken und durch gute, bürgernahe Arbeit in den nächsten Jahren, den positiven Trend, den wir unserem Ministerpräsidenten zu verdanken haben und der ein großes Stück zum Wahlerfolg beigetragen hat, zu festigen.

Liebe CDU Mitglieder, als CDU Erzgebirge haben wir mit unseren Ortsgruppen, den vielen Mitgliedern und den zahlreichen ehrenamtlichen Stadt- und Gemeinderäten, die notwendigen Voraussetzungen, um auch weiterhin der erste Ansprechpartner für unsere Bürger zu sein. Diesen Anspruch müssen wir mit Blick auf den politischen Gegner erhalten und verteidigen. Das erfordert Kreativität, Diskussion und den Mut, neue Ideen umzusetzen.

Ich freue mich auf eine spannende Zeit und eine gute Zusammenarbeit,

**Ihr Eric Dietrich,
Mitglied des Sächsischen Landtages
CDU-Fraktion**



CDU-Abgeordnete aus dem Erzgebirge.

Foto: Eric Dietrich, Rico Anton, Jörg Markert, Ronny Wähner

Landtagswahl 2019

Ronny Wähner zum 2. Mal im Sächsischen Landtag

Autor:

Ronny Wähner MdL

Das Jahr 2019 war sehr ereignisreich. Im Mittelpunkt des politischen Geschehens standen ohne Zweifel die Landtagswahlen im September. Ich konnte mich zum zweiten Mal als Direktkandidat gegen die politische Konkurrenz durchsetzen. Ich bedanke mich auf diesem Weg auch noch einmal ausdrücklich bei allen CDU-Mitgliedern, die mich im Wahlkampf unterstützt haben.

Ein Höhepunkt im Wahlkampf war der Besuch unseres Ministerpräsidenten Michael Kretschmer in Gelenau. Wir haben gemeinsam die GEMAG (Gelenauer Maschinenbau AG) und das Depot Pohl-Ströher besucht, begleitet von Bürgermeister Knut Schreiter.

Nach der Wahl standen bis jetzt die Koalitionsverhandlungen mit den Grünen und der SPD an. Ich durfte für die CDU-Fraktion im Bereich Umwelt und Landwirtschaft mit am Verhandlungstisch sitzen. Trotz der unterschiedlichen Interessen der einzelnen Parteien, bin ich guter Dinge, dass wir eine stabile Regierung zustande bekommen.



Foto: Chris Bergau

Zum Ende des Jahres, wünsche ich allen CDU-Mitgliedern ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gesundes neues Jahr 2020.

Ronny Wähner MdL



Delegierte des 35. Landesparteitag Markleeberg.
Foto: Jörg Markert privat

Ein neues Europäisches Parlament und eine neue Europäische Kommission

Nackenschlag oder neuer Schwung für die Demokratie in Europa?

Autor:

Dr. Peter Jahr MdEP

200 Millionen Wähler aus 28 EU-Mitgliedstaaten folgten im Mai diesen Jahres der Aufforderung ein neues Europäisches Parlament zu wählen. Die europäischen Bürger zeigten damit ein zuvor so nie gezeigtes starkes Interesse an der EU. Über 50 Prozent der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger nahmen an dieser Europawahl teil. Dies ist die höchste Wahlbeteiligung seit 20 Jahren. In 21 Mitgliedstaaten stieg die Wahlbeteiligung. In Deutschland lag sie sogar bei über 61,4 % im Vergleich zu 48% im Jahr 2014.

Ebenso erfreulich ist es, dass die Europäische Volkspartei wieder als stärkste Kraft ins Europäische Parlament einziehen konnte. Insgesamt haben sich sieben Fraktionen gebildet. Nach der EVP-Fraktion kommen die Sozialisten, die Liberalen, die Grünen. Die rechtspopulistische Fraktion „Identität und Demokratie“, in der sich beispielsweise die AfD, die italienische Lega und die Bewegung von Marine Le Pen zusammenfinden, wurde fünftstärkste Fraktion. Dann folgen die Konservativen sowie die Linken. Daneben gibt es noch eine bunte Menge von Fraktionslosen und Einzelkämpfern.

Im demokratischen Wahlkampf bekannten sich alle Fraktionen zum im Jahr 2014 eingeführten Prinzip des Spitzenkandidaten, d.h. die Bürgerinnen und Bürger sollen vor der Wahl wissen, wer „europäischer Kanzler“, also Chef der EU-Kommission, wird. Zu meiner großen Enttäuschung wurde dieses transparente Element der Demokratie von den Staats- und Regierungschefs der EU letztlich wieder eingesammelt. Der Spitzenkandidat der EVP-Fraktion, Manfred Weber, wurde von den Staats- und Regierungschefs nicht zum Kandidaten für den Kommissionspräsidenten ernannt. Zur Wahrheit gehört auch, dass die Gegenwehr des Europäischen Parlaments eher symbolisch war. Das war weniger erfreulich.

Die vom Europäischen Rat nominierte und vom Parlament mit knapper Mehrheit bestätigte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen steht nun vor der schwierigen Aufgabe, nicht nur der EU in turbu-

lenten Zeiten eine kraftvolle Perspektive zu geben, sondern auch die Beziehungen zwischen Parlament und Europäischen Rat wieder auf eine vertrauensvolle Basis zu stellen. Und sie hatte verstanden und nutzte bereits ihre Bewerbungsrede zu einem Versuch, auf das Parlament zuzugehen.



Foto: Dr. Peter Jahr

Ursula von der Leyen sprach in Ihrer Antrittsrede vor dem Europäischen Parlament von einer Union, die mehr erreichen will: Mehr erreichen hinsichtlich der Herausforderungen Klimawandel, demographischer Wandel, Globalisierung der Weltwirtschaft, der rasanten Digitalisierung unserer Arbeitswelt, deren Konsequenzen wir gerade alle akut spüren würden.

Um dem zu begegnen hat sie für ihre Amtszeit sechs übergreifenden Ziele für Europa festgelegt:

- ein europäischer „grüner Deal“, also eine ökologische Wende für die Gesellschaft, wie sie es nennt
- eine Wirtschaft, deren „Rechnung für die Menschen aufgeht“

- ein Europa, das für „das digitale Zeitalter gerüstet ist“
- schützen, was Europa ausmacht
- ein „stärkeres Europa“ in der Welt
- „neuer Schwung für die Demokratie“ in Europa.

Den „neuen Schwung“ möchte Frau von der Leyen der Demokratie in Europa unter anderem durch eine neue Konferenz zur Zukunft, ein Initiativrecht des Europäischen Parlaments sowie durch ein „verbessertes Spitzenkandidaten-System“ verleihen. Es bleibt abzuwarten, worin die Verbesserung genau bestehen soll. Alles was der Stimme des Volkes mehr Gewicht verleiht, ist aus Sicht des Europäischen Parlaments natürlich zu begrüßen. Genau das hatten wir ja aber auch im Sinn als wir im Wahlkampf 2019 für unsere Spitzenkandidaten gekämpft hatten.

Doch nun heißt es „nach vorne blicken“! Brüssel wäre nicht Brüssel, wenn man zu viel Zeit hätte, zurückzublicken. Bevor Ursula von der Leyen nun damit beginnen kann, ihre Ziele in die Tat umzusetzen, muss sie noch ihr künftiges Team von Kommissaren durch das Parlament bringen. Das ist keine kleine Aufgabe. Die Anhörungen der designierten Kommissare sind ein wichtiges Mittel der demokratischen Kontrolle der Exekutive durch das Europäische Parlament. Auch diese Aufgabe nehmen wir sehr ernst. Wir betrachten sie nicht als Kür wie viele Zeitungen schreiben, sondern als Pflicht.

Von Ende September bis Mitte Oktober prüften die Ausschüsse des Europäischen Parlaments 26 designierte Kommissare. Rumänien und Ungarn hatten leider Kandidaten nominiert, bei denen Zweifel an ihrer Integrität bestanden und Interessenskonflikte drohten. Diese wurden vom Rechtsausschuss gar nicht erst zu den Anhörungen zugelassen. Die französische Kandidatin, sogar eine ehemalige Kollegin, fiel bei ihrer Anhörung durch. Auch eine zweite Chance reichte nicht für eine Mehrheit in den Fachausschüssen.

Alle drei Mitgliedstaaten mussten Kandidaten nachnominieren, welche sich eben-

falls Anhörungen unterziehen mussten. Nur zwei der Ersatzkandidaten kamen in der ersten Runde durch. Der ungarische Kandidat, der EU-Botschafter der Regierung Orbans in Brüssel, musste in den Hoffnungslauf, den er erfolgreich absolvierte.

Ich bin froh, dass das Europäische Parlament seiner Aufgabe so gewissenhaft nachgekommen ist und die Kandidaten

auf Herz und Nieren geprüft hat. Das Europäische Parlament muss noch am 27. November im Plenum dem neuen Team von Kommissaren zustimmen, bevor die neue EU-Kommission dann zum 1. Dezember ihre Arbeit aufnehmen kann. Der Start muss und wird rasant ausfallen. Die neue Kommissionspräsidentin hat sich bereits verpflichtet, viele wichtige Vorschläge in den ersten 100 Tagen ihrer Amtszeit vorzulegen. Es bleibt also spannend.

Nach diesem turbulenten Jahr wünsche ich Ihnen und Ihren Lieben etwas Ruhe und Besinnlichkeit für die bevorstehende Adventszeit sowie ein gesegnetes, frohes Weihnachtsfest. ■

Dank an alle Unterstützer

Bürgerbüro gut angenommen

Autor:
Jörg Markert MdL

(Marienberg) Am 1. September 2019 stand kurz nach 22 Uhr der Wahlsieg fest. Die Anstrengungen der letzten Wochen und Monate hatten sich gelohnt. „Ich danke allen Unterstützern, Helfern, den CDU-Ortsverbänden, Bürgern und Unternehmen für die Mithilfe im Wahlkampf. Wir haben durch gemeinsame Anstrengung etwas auf die Beine gestellt und dies zum Wohle unserer Heimat, so Jörg Markert MdL. Höhepunkt war sicherlich die große Veranstaltung mit den Marienberger Bergsängern und der Saigerhüttenkapelle zusammen mit Spitzenkandidat Michael Kretschmer in Olbernhau.

Nach der Wahl ist vor der Wahl. Das Bürgerbüro in Marienberg wird gut angenommen. Regelmäßig bieten wir Bürgersprechstunden an, die gut genutzt werden. Darüber hinaus planen wir auch 2020 wieder öffentliche Sprechstunden in den Dorfkneipen der Region. Wir müssen heute Politik noch mehr erklären als früher und Angebote vor Ort für den Bürger schaffen. Die Konkurrenz schläft nicht und



Das Wahlkampfteam am Wahlabend.
Foto: privat

deshalb müssen wir bestmöglich präsent sein. Für mein Bürgerbüro in Marienberg suche ich noch eine weitere Unterstützung. Bitte kommen Sie bei Interesse auf

mich zu. Das Team aus Heide Uhlig und David Steinert ist gern für Sie da. **Ihnen allen eine frohe Advents- und Weihnachtszeit. ■**



Zu einem

Jugendstammtisch

lädt Alexander Krauß (MdB) am 10. Januar 2020

herzlich in die Pizzeria Trattoria Cavallino (Bahnhofstraße 31, Aue) ein.

Von 16:00 bis 18:00 Uhr will der Christdemokrat mit Jugendlichen ins Gespräch kommen und zu aktuellen Themen diskutieren.

Interessierte junge Menschen (unter 30 Jahren) sind dazu herzlich eingeladen!
Weitere Informationen unter: Tel. 03733 169 2425.

Ein dickes Brett

Die Reform der Notfallversorgung

Autor:
Alexander Krauß MdB

Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat in den vergangenen Monaten wegweisende Reformen im Gesundheitswesen eingeleitet. Mit dem Arbeitsentwurf für ein Gesetz zur Reform der Notfallversorgung hat er begonnen ein Brett zu bohren, welches besonders dick ist. Die bislang weitgehend unverbundenen sektoralen Versorgungsbereiche der ambulanten, stationären und rettungsdienstlichen Notfallversorgung sollen zu einem System der integrierten Notfallversorgung verschmolzen werden. Damit wird unser Gesundheitswesen effektiver, gerade die ärztliche Arbeitszeit soll zielgerichteter eingesetzt werden.

System ist undurchschaubar und ineffizient

Das derzeitige System der Notfallversorgung ist für die Bürger nicht ausreichend verständlich, ineffektiv und teuer. Dass eine Reform notwendig ist, ist wohl allen Beteiligten klar. Nichtsdestotrotz handelt es sich um eine Mammutaufgabe. Die Bundesländer sind stark involviert, in den Bundesländern neben den Sozialministern zumeist auch die Innenminister, die für den Rettungsdienst zuständig sind.

Viele Bürger könnten das derzeitige System der Notfallversorgung nicht erklären. Das führt dazu, dass der Rettungsdienst gerufen wird, obwohl es auch der Hausbesuch eines Kassenarztes getan hätte. Der Rettungswagen wiederum nimmt den Patienten mit ins Krankenhaus, um die Fahrt abrechnen zu können, obwohl auch dies nicht immer geboten ist. Ein stationärer Aufenthalt ist nicht immer geboten.

Derzeit gibt es drei Ebenen der Notfallversorgung:

1. Die Kassenärztlichen Vereinigungen übernehmen die ambulante Notfallversorgung – für leichtere Fälle. Dieser vertragsärztliche Notdienst wird unter der Rufnummer 116 117 vermittelt. Leider ist diese Nummer immer noch zu unbekannt.
2. Die meisten Krankenhäuser halten mit der Notfallambulanz ein stationäres Angebot vor. Dieses Angebot wiederum ist

vielen Bürgern bekannt. Die Notfallambulanzen erfreuen sich steigender Beliebtheit. Mehr als die Hälfte der jährlichen 20 Millionen Notfallpatienten sucht im Krankenhaus nach Hilfe. Auch deswegen, weil meist in kurzer Zeit eine vielfältige medizinische Infrastruktur zur Verfügung steht. Zunehmend sind Notfallambulanzen überlastet.

3. Der Rettungsdienst ist unter der Rufnummer 112 zu erreichen. Lebensbedrohliche Erkrankungen und Unfälle sollten der Auslöser für einen Rettungsdienst-Einsatz sein. Häufig sind es aber auch Bagatellfälle.

Ziel muss es sein und ist es, diese drei Systeme zusammenzuführen. Die engere Verzahnung der Systeme hat sich in einigen Bundesländern bewährt. Portalpraxen der Kassenärztlichen Vereinigungen an Krankenhäusern verbinden die ambulante mit der stationären Versorgung. Die Portalpraxis filtert Fälle heraus, die nicht in die Notfallambulanz des Krankenhauses gehören – zum Beispiel das Entfernen einer Zecke.

Was plant nun das Bundesgesundheitsministerium? Es sollen Gemeinsame Notfallleitzentralen gebildet werden und Integrierte Notfallzentren ans Netz gehen.

Gemeinsame Notfallleitzentralen

Die Gemeinsamen Notfallleitzentralen sollen für die Patienten die erste Kontaktstelle sein. Sie sollen sowohl unter der Rufnummer 112 auch als unter der 116 117 erreicht werden. Durch eine qualifizierte Ersteinschätzung (Triage) sollen die Patienten das Rettungsmittel erhalten, was für sie das notwendige ist. Das kann der Rettungswagen oder das Integrierte Notfallzentrum sein, aber auch die nahe gelegene Hausarztpraxis, da es sich um keinen Notfall handelt. Derzeit entscheidet faktisch der Patient, welches System er in Anspruch nimmt – ob also der Rettungswagen kommt oder nicht. Dies soll sich ändern. Das setzt Disponenten voraus, die jeden Fall einschätzen können und die auch auf einen Notarzt zurückgreifen können.

Nötig ist daher ein gemeinsames und verbindliches Verständnis zur Einschätzung der Dringlichkeit des medizinischen Versorgungsbedarfes und der Disposition der erforderlichen medizinischen Versorgung. Ein qualifiziertes, standardisiertes und softwaregestütztes Ersteinschätzungsverfahren von Hilfeersuchen sollen die Träger der derzeitigen Leitstellen gemeinsam und einheitlich mit der jeweils zuständigen Kassenärztlichen Vereinigung vereinbaren.

Im Einzelfall soll die Gemeinsame Notfallleitzentrale auch die vor Ort befindlichen Notfallsanitäter und Rettungsassistenten so anleiten, dass diese ärztliche Tätigkeiten übernehmen können. Das setzt moderne Verbindungstechnik voraus – also zum Beispiel Funk- und Bildkontakt zwischen den Rettern und einem Notarzt in der Notfallleitzentrale.

Die Zahl der Notfallleitzentralen dürfte deutlich niedriger sein als die Anzahl der heutigen Leitstellen (178). Die Björn-Steiger-Stiftung plädiert zum Beispiel für künftig 16 Gemeinsame Notfallleitzentralen in Deutschland.

Für den Brand- und Katastrophenschutz soll die Rufnummer 112 weiter genutzt werden – wie bislang schon. Auch die 116 117 behält ihre Funktion, die sie mit dem Terminservice- und Versorgungsgesetz bekommen hat, nämlich (Fach-)Arzttermine zu vermitteln und Patienten bei der Suche nach einem dauerhaften Hausarzt zu helfen.

Integrierte Notfallzentren

Integrierte Notfallzentren sollen in die Nachfolge der Notfallambulanzen treten und die ambulante Notfallversorgung übernehmen. Sie sollen eine jederzeit zugängliche Anlaufstelle sein, die in den Krankenhäusern leicht zu finden sind. Kassenärztliche Vereinigungen und bestimmte Krankenhäuser sollen sie gemeinsam betreiben – mit einem Tresen. Bestehende Portalpraxen sollen in Integrierte Notfallzentren überführt werden.

Der Vorteil der Integrierten Notfallzentren liegt auch an der Komm-Struktur: im Regelfall wird also der Notfallpatient selbstständig in das Integrierte Notfallzentrum am Krankenhaus kommen. Ein Fahrdienst zum Patienten (aufsuchender Bereitschaftsdienst) wird zwar vorgehalten, dürfte aber seltener in Anspruch genommen werden dürfen als heute. Das ermöglicht es, ärztliche Arbeitszeit sinnvoller zu nutzen, da die Ärzte weniger auf Reisen sind.

Ob es sinnvoll ist, dass die Integrierten Notfallzentren rund um die Uhr geöffnet sind, sollte noch einmal kritisch überdacht werden. In Berlin-Mitte mag das hilfreich sein, in weiten Teilen des Landes ist das wohl nicht der Fall. Der Rund-um-die-Uhr-Service könnte die bereits vorhandene Amazon-Mentalität verstärken, wonach jede Dienstleistung jederzeit zur Verfügung steht. Es könnte also dazu kommen, dass nicht zuerst der Haus- oder Facharzt aufgesucht wird, sondern zuerst das Integrierte Notfallzentrum. Mir scheint es sinnvoll, dass die Integrierten Notfallzentren lediglich in den Abend- und Nachtstunden sowie an Wochenenden und Feiertagen geöffnet sind.

An welchen Standorten Integrierte Notfallzentren eingerichtet werden sollen, dass sollen die Bundesländer im Rahmen ihrer Krankenhausplanung entscheiden. Mithin bleibt für die Länder ein großer Gestaltungsspielraum.

Die Einrichtung der Integrierten Notfallzentren ist wohl die größte Herausforderung der Reform. Wo es Portalpraxen der Kassenärztlichen Vereinigungen in den Krankenhäusern gibt, wurde bereits der erste Schritt getan. Viele Krankenhäuser werden wohl nicht ohne bauliche Veränderungen auskommen, um die Integrierten Notfallzentren einzurichten. Insofern bedarf es hier ausreichender Übergangszeiten und Investivmittel der Bundesländer, um diesen Prozess zu gestalten.

Eine Herausforderung wird es wohl auch werden, genügend Personal für diese gemeinsamen Einrichtungen von Kassenärztlichen Vereinigungen und Krankenhäusern zu akquirieren. Bislang können die Kassenärztlichen Vereinigungen ihre Mitglieder für den Bereitschaftsdienst in die Pflicht nehmen; das dürfte wegfallen. Im Rahmen der Gesetzgebung sollte geprüft werden, ob ein System der Freiwilligkeit wirklich funktionieren würde – auch wenn natürlich freiwillige Lösungen immer zu bevorzugen sind.



Foto: Alexander Krauß

Rettungsdienst soll unter GKV-Dach kommen

Das Rettungswesen ist derzeit in den Rettungsdienstgesetzen der Länder verankert und bundesweit sehr unterschiedlich ausgestaltet.

Der Rettungsdienst soll ein eigenständiger Leistungsbereich im Sozialgesetzbuch V werden, also unter das Dach der gesetzlichen Krankenversicherung kommen. Damit wird die Gesetzgebungskompetenz des Bundes ausgeweitet.

Schon längst nicht mehr handelt es sich beim Rettungsdienst lediglich um eine Erstversorgung und einen Verletzten-transport. Bereits am Notfallort erfolgt eine spezialisierte Versorgung – und dies auch während der Rettungsfahrt. Das präklinische Fallmanagement setzt bereits dort ein und hat erheblichen Einfluss auf den Behandlungserfolg. Wird durch den Rettungsdienst ein ungeeignetes Krankenhaus angefahren, so kann das tödliche Folgen für den Patient haben. Mit der Reform der Notfallversorgung würde der Rettungsdienst eine deutliche Aufwertung erfahren.

Der Gemeinsame Bundesausschuss soll bundesweit einheitliche Rahmenvorgaben zur Erbringung von Leistungen der medizinischen Notfallrettung bestimmen. Das betrifft insbesondere Regelungen, in welchen Fällen nicht das nächsterreichbare Integrierte Notfallzentrum oder Krankenhaus angefahren werden soll, sondern ein spezialisiertes Krankenhaus, was die Behandlung besser durchführen kann.

Erwachsene sollen für die medizinische Notfallrettung eine Zuzahlung leisten. Dies ist wichtiger Baustein dafür, dass die Versicherten nicht leichtfertig die notärztliche Leistung in Anspruch nehmen.

Die engere Zusammenarbeit zwischen Gemeinsamen Notfallleitstellen, den Integrierten Notfallzentren, Krankenhäusern etc. soll auch durch eine interaktive Nutzung einer digitalen Dokumentation erfolgen. Die erforderlichen Daten sollen in Echtzeit übertragen werden – aus dem Rettungswagen beispielsweise in das aufnehmende Krankenhaus. Welche Kapazitäten in den Integrierten Notfallzentren, den Krankenhäusern, durch den aufsuchenden Bereitschaftsdienst und von Rettungsfahrzeugen zur Verfügung stehen, das soll für alle Beteiligten in Echtzeit transparent sein.

Bundesweite Rahmenvorgaben nötig

Die Reform der Notfallversorgung erfordert ein neues Austarieren der Zuständigkeit von Bund und Ländern. Ob eine Grundgesetzänderung notwendig ist oder nicht, wird sich zeigen. Derzeit laufen die Konsultationen mit den Ländern. Die Regelungsverantwortung der Länder für den Rettungsdienst bleibt allerdings erhalten. Die Länder vereinbaren mit den Landesverbänden der Krankenkassen und den Ersatzkassen gemeinsam und einheitlich die Planung der Anzahl der Rettungswachen, der erforderlichen Rettungsmittel und deren Ausstattung. ■

Baurecht und Bodenpolitik werden runderneuert

Autor:
Marco Wanderwitz MdB



Foto: Marco Wanderwitz MdB

Die Koalitionsfraktionen und die Bundesregierung haben die Wohnungspolitik als zentrale Aufgabe definiert. Unser Ziel ist ehrgeizig: In dieser Legislaturperiode sollen 1,5 Millionen neue Wohnungen (das heißt 50 Prozent mehr als 2013 bis 2017) gebaut und der Bestand an bezahlbarem Wohnraum gesichert werden. Deutschland braucht zusätzlichen Wohnraum.

Zentrale Voraussetzung für den Wohnungsbau ist dabei die Bereitstellung von

geeignetem Bauland. Die Mobilisierung von Bauland ist eine Herausforderung, deren Bewältigung ein enges Zusammenwirken der am Bodenmarkt wirkenden Akteure erfordert. Sie muss im Schulterschluss mit Ländern und Kommunen angegangen werden und braucht optimale Rahmenbedingungen auf allen föderalen Ebenen.

Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD sah ursprünglich die Einrichtung einer Enquete-Kommission vor. Um die erarbeiteten Ergebnisse aber noch in dieser Legislaturperiode gesetzgeberisch umsetzen zu können und damit wirksam zu machen, wurde im späten Frühjahr 2018 entschieden, eine Expertenkommission der Regierung einzurichten. Diese ist beim Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat angesiedelt und tagte von September 2018 bis Juli 2019 unter meinem Vorsitz als zuständiger Parlamentarischer Staatssekretär regelmäßig.

Am 2. Juli 2019 haben wir viele konkrete Vorschläge für Maßnahmen zur Verbesserung der Baulandbereitstellung vorgelegt. Das Feld ist breit und in Großstädten ein anderes als in ländlichen Räumen. Es geht bspw. um Verdichtung, um Umnutzungen, um Dorfkernaktivierung, aber auch um mit Augenmaß weitere Entwicklungsmöglichkeiten an den Rändern. Gleichzeitig geht es auch um die Baukosten, um Nor-

men und um das Bauordnungsrecht. Unmittelbar anschließend wird sich nun bundeseitig u.a. eine größere Novelle des Baugesetzbuches, die wir im BMI gerade erstellen und noch im November vorlegen.

Nach dem Baukindergeld, der Wohngeldnovelle, der Sonderabschreibung für Mietwohnungsbau, der Grundgesetzänderung zum sozialen Wohnungsbau, in den der Bund nun wieder mit einsteigt, Mitarbeiterwohnungsbau und der verbilligten Abgabe von Bundesliegenschaften für Wohnungsbau müssen wir nun vor allem noch Erleichterungen bei der Grunderwerbsteuer erreichen. Unser beim Wohngipfel bei der Kanzlerin in September 2018 mit den Ländern und Kommunen vereinbartes auf dem Koalitionsvertrag basierendes großes Maßnahmenpaket Wohnen und Bau haben wir aber schon weit mehrheitlich umgesetzt. Aktuell auf der Zielgerade sind auch die Förderung der energetischen Gebäudesanierung und die Neujustierung der Städtebauförderung auf historisch höchstem finanziellen Niveau.

Mehr zu den Ergebnissen der Baulandkommission:

<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2019/07/20190702-Baulandkommission.html> ■



*Frohe Weihnachten und ein gutes
neues Jahr*



JU JUNGE UNION
ERZGEBIRGE

Vorstandswahlen der Jungen Union Erzgebirge

Tom Unger einstimmig als Kreisvorsitzender wiedergewählt

Autor:
Florian Kluge, Junge Union Erzgebirge

Marienberg, 9. August 2019. „Gerade im Hinblick auf die aktuellen politischen Herausforderungen wollen wir als Junge Union Stimme für die JUgend unserer Region innerhalb der Union sein. Dafür werden wir auch in Zukunft daran arbeiten, weiterhin vor Ort aktiv zu sein und dabei tragfähige Konzepte und Visionen für unsere Heimat zu entwickeln.“ Mit diesem Schlusswort beendete der einstimmig wiedergewählte Kreisvorsitzende der Jungen Union Erzgebirge, Tom Unger, die wählende Mitgliederversammlung.

Am Freitag, 9. August 2019, trafen sich die Mitglieder der Jungen Union Erzgebirge, um im Rahmen einer Mitgliederversammlung in Marienberg turnusgemäß den neuen JU-Kreisvorstand zu wählen. Unter Anwesenheit des JU-Ehrenvorsitzenden Rico Anton MdL wurde der bisherige Kreisvorsitzende, Tom Unger, einstimmig wiedergewählt. Ihm zur Seite stehen drei stellvertretende Vorsitzende: Carsten Büttner, Raphael Jenatschke und Florian Kluge. Den geschäftsführenden Vorstand komplettieren Schatzmeister Frank Polten sowie Kreisgeschäftsführerin Jane Polten. Als Beisitzer wurden Robert Götzl, Johanna Stampfer und David Steinert und gewählt. ■



Foto: Stephan Weinreich

Der neue Kreisvorstand im Überblick:

Kreisvorsitzender:
Stellvertretender Kreisvorsitzender:
Stellvertretender Kreisvorsitzender:
Stellvertretender Kreisvorsitzender & Pressesprecher:
Kreisschatzmeister:
Kreisgeschäftsführerin:
Beisitzer:
Beisitzer:
Beisitzer:

Tom Unger
Carsten Büttner
Raphael Jenatschke
Florian Kluge
Frank Polten
Jane Polten
Robert Götzl
Johanna Stampfer
David Steinert



Foto: Paul Schäfer

Die Junge Union Erzgebirge wünscht ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest sowie einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Tom Unger
Kreisvorsitzender Junge Union Erzgebirge



Sachsenkoalition

Koalitionsverhandlungen erfolgreich abgeschlossen

Autor:
Rico Anton MdL



Foto: Ines Escherich

wieder und wir haben keine Kompromisse geschlossen, die mit Blick auf unsere Positionen nicht vertretbar sind oder gar unserem Land schaden würden.

Ich selbst durfte an der Seite von Innenminister Prof. Dr. Roland Wöller gemeinsam mit Sören Voigt MdL, Marko Schiemann MdL und Thomas Popp (Staatskanzlei) die Bereiche Innere Sicherheit, Kommunales, Asyl und Verwaltungsmodernisierung verhandeln.

Für diese Bereiche - wie auch für den Koalitionsvertrag insgesamt - kann man mit Recht sagen: Das Ergebnis trägt klar die Handschrift der CDU!

Das Versprechen des Ministerpräsidenten, dass Sachsen das sicherste Bundesland werden soll, kann mit diesem Koalitionsvertrag eingelöst werden. Sachsen bekommt zusätzlich 1.000 neue Polizeibeamte. Im Jahre 2014 werden deshalb 14.000 Polizisten ihren Dienst im Freistaat tun. Eine Kommission prüft derzeit, ob darüber hinaus noch weiterer Bedarf besteht. Sollten die 14.000 Polizisten nicht ausreichen, gibt es das klare Bekenntnis zu einem weiteren Stellenaufwuchs.

Koalitionen bedeuten immer auch Kompromisse. So bleibt es dabei, dass wir keine allgemeine Kennzeichnungspflicht für Polizisten einführen. Vereinbart ist aber, dass es eine anonymisierte Wechselkennzeichnung für geschlossene Einheiten im Einsatz geben wird.

Im Gegenzug wird das im April dieses Jahres beschlossene Polizeigesetz auch mit den Grünen in der Regierung nicht angetastet. Damit tritt dieses Gesetz wie geplant am 1. Januar 2020 in Kraft und Sachsen hat eines der modernsten Polizeigesetze Deutschlands mit weitreichenden Befugnissen für die Polizei.

Des Weiteren wird das Landesamt für Verfassungsschutz in seiner Struktur nicht verändert, sondern gestärkt. Ebenfalls gestärkt wird die Fachhochschule der Sächsischen Polizei.

Ein politisch ereignisreiches Jahr neigt sich dem Ende. Nach den durchaus schwierigen Ergebnissen bei der Kommunalwahl und der Wahl zum Europäischen Parlament haben wir im Sommer gemeinsam dafür gekämpft, als stärkste Kraft aus der Landtagswahl hervorzugehen und damit zum 7. Mal in Folge von den Wählerinnen und Wählern in Sachsen den Auftrag zur Bildung einer Regierung zu erhalten. Es war ein harter Wahlkampf, der am Ende zum Erfolg führte, weil unsere Partei geschlossen stand, viele sich eingebracht und mitgeholfen haben und wir mit Michael Kretschmer einen Spitzenkandidaten hatten, der mit harter Arbeit und unermüdlichem Einsatz das Vertrauen der Sachsen gewinnen konnte.

Ich danke persönlich allen, die in vielfältiger Weise dazu beigetragen haben, dass in einer schwierigen politischen „Großwetterlage“ dieser Erfolg möglich wurde.

Mein Wahlkampfsllogan lautete: „Stabilität für Sachsen“. Die Bürgerinnen und Bürger haben zu Recht die Erwartung an die CDU, für stabile Verhältnisse in Sachsen zu sorgen. Deshalb ist es ein gutes Signal, dass wir noch vor Ende des Jahres eine neue Regierung haben.

Der ausgehandelte Koalitionsvertrag ist dabei ein solides Fundament für eine stabile Regierung und das Ergebnis von drei Monaten harter Verhandlungen mit Bündnis 90/Grüne und der SPD. Viele zentrale Punkte aus unserem Wahlprogramm finden sich in diesem Koalitionsvertrag

Auch die Unterstützung der Feuerwehren bleibt ein zentrales Anliegen. Das Feuerwehrpaket wird verstetigt und damit insbesondere die hohen Investitionsfördermittel. Die Lehrgangskapazitäten der Landesfeuerwehrschule werden dauerhaft auf 8.000 Plätze erweitert und gleichzeitig die dezentrale Ausbildung ausgebaut.

Das Thema Asyl war erwartungsgemäß eine besondere Herausforderung in den Koalitionsverhandlungen, da hier die Ansätze der Partner weit auseinandergingen. Letztlich ist es aber gelungen, unmissverständlich festzuschreiben, dass Recht und Gesetz konsequent durchgesetzt werden. Im Koalitionsvertrag steht: „Geflüchtete und Asylsuchende, bei denen die rechtsstaatlichen Verfahren ergeben haben, dass sie nicht bleiben können, müssen das Land verlassen.“ Damit verbunden ist ein Bekenntnis zur Durchsetzung der Ausreisepflicht bis hin zur Abschiebehaft. Das hierbei die Wahrung der Menschenwürde Maßstab für die Ausgestaltung der Verfahren bzw. des Vollzugs sein muss, ist kein Zugeständnis an Grüne oder SPD, sondern für die Union vor dem Hintergrund unseres christlichen Menschenbildes eine Selbstverständlichkeit.

Stabile Verhältnisse sind nicht zuletzt für die Kommunen garantiert: Es gibt keine Gebietsreformen, vielmehr setzen wir auf die Förderung der kommunalen Zusammenarbeit. Im Koalitionsvertrag ist das Ziel einer besseren Finanzausstattung der Kommunen, insbesondere einer bedarfsorientierten Sockelfinanzierung für kleine Gemeinden, verankert. Die Gestaltungsspielräume der Kommunen sollen auch in rechtlicher Hinsicht erweitert werden, gerade bei der Ausweisung von Bauflächen und Gewerbegebieten. Darüber hinaus wird der Grundsatz der Hauptamtlichkeit der Bürgermeister in Gemeinden unter 5.000 Einwohnern wieder eingeführt. Damit werden die vorhandenen Strukturen nachhaltig gestärkt.

Über alle Themenbereiche hinweg wurden viele wichtige Dinge vereinbart, die unserer ergebirgischen Heimat und ganz Sachsen Nutzen bringen werden. Beispielsweise seien hier die Landarztquote, Medizinstudienplätze in Chemnitz und die Festlegung eines 1000-Meter-Mindestabstandes für Windkraftanlagen zur Wohnbebauung genannt. Machen Sie sich selbst ein Bild! Der Koalitionsvertrag ist auf der Internetseite des CDU-Landesverbandes (www.cdu-sachsen.de) abrufbar.

Abschließend bleibt festzuhalten: Ein Koalitionsvertrag setzt letztlich nur den Rahmen. Diesen Rahmen auszufüllen ist die Aufgabe, die in den kommenden 5 Jahren vor uns liegt. Damit werden wir im neuen Jahr unverzüglich beginnen. Es gilt, die im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziele und Vorhaben zu priorisieren – nicht zuletzt mit Blick auf die vorhandenen Finanzmittel – und gleichzeitig in den Facharbeitskreisen in die Beratung der ersten Gesetzgebungsvorhaben einzusteigen. Es geht darum, den erfolgreichen sächsischen Weg weiterzugehen. Mit Michael Kretschmer als Ministerpräsident und der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag ist genau das garantiert. ■



Foto: Jürgen Männel

Information des CDU-Geschäftsführers



Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

ich möchte Sie darüber informieren, dass sowohl die Kreisgeschäftsstelle als auch unsere Regionalgeschäftsstellen im Zeitraum vom 23. Dezember bis zum 03. Januar 2020 infolge Urlaub geschlossen sind. Ab 06. Januar sind dann alle Geschäftsstellen wieder in gewohnter Weise für Sie erreichbar.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine gesegnete Weihnachtszeit und für das neue Jahr 2020 Gottes Schutz und Segen auf allen Ihren Wegen.

Mit einem herzlichen Glück Auf grüßt Sie
Ihr

Falk Haude,
CDU-Geschäftsführer



**Gesegnete Weihnachten
und ein gutes neues Jahr!**



Impressum

Herausgeber: CDU Erzgebirge

CDU-Kreisgeschäftsstelle Erzgebirge

Buchholzer Straße 34

09456 Annaberg-Buchholz

Telefon: 03733 20023 | Fax: 03733 20024

E-Mail: kontakt@cdu-erzgebirge.de

Redaktion: CDU Erzgebirge

Autoren dieser Ausgabe:

Rico Anton MdL, CDU-Stadtverband Marienberg, Eric Dietrich, Falk Haude, Damaris Hühne, Dr. Peter Jahr MdEP, Junge Union Erzgebirge, Florian Kluge, Alexander Krauß MdB, Jörg Markert MdL, Frank Vogel, Marco Wanderwitz MdB, Ronny Wähner MdL

Fotonachweis:

Titelbild: pixabay.com

Auflage: 1.300 Stück

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Autoren wieder und stellen nicht die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar. Die Autoren sind für ihre Beiträge selbst verantwortlich. Für unaufgefordert eingesandte Fotos, Zeichnungen und Manuskripte übernehmen wir keine Haftung. Alle Rechte vorbehalten. Eine Haftung oder Garantie für die Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit der zur Verfügung gestellten Informationen und Daten ist ausgeschlossen. Die Redaktion behält sich vor, zugesandte Beiträge sinnwährend zu kürzen. Jeglicher Nachdruck von Fotos, Zeichnungen und Artikel, auch auszugsweise, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Herausgebers/Autors.

Im Rahmen der digitalen Ausgabe werden auch Links zu Internetinhalten anderer Anbieter bereitgestellt. Auf den Inhalt dieser Seiten haben wir keinen Einfluss. Für den Inhalt ist ausschließlich der Betreiber der anderen Website verantwortlich. Trotz der Überprüfung der Inhalte im gesetzlich gebotenen Rahmen lehnen wir daher jede Verantwortung für den Inhalt dieser Links bzw. der verlinkten Seite ab.



CDU

UNION IM ERZGEBIRGE

www.cdu-erzgebirge.de